

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu meinem ersten Bericht aus Berlin im neuen Jahr 2013 und wünsche Ihnen und Ihren Familien Gesundheit, Glück und persönliches Wohlergehen.

Heute informiere ich Sie über den Jahreswirtschaftsbericht 2013, den Bericht des Wehrbeauftragten der Bundesregierung sowie über das 50-jährige Jubiläum des Elysée-Vertrags. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Jahreswirtschaftsbericht 2013
2. Bericht des Wehrbeauftragten
des Deutschen Bundestages
3. 50 Jahre Elysée-Vertrag
4. Relevantes aus Mannheim und
der Region



LESUNG AUS 'DIE UNENDLICHE GESCHICHTE', BAND DREI



1. Jahreswirtschaftsbericht 2013

Am Donnerstag hat Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler den Jahreswirtschaftsbericht für 2013 mit dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa“ im Deutschen Bundestag vorgestellt. Darin stellt er die finanz- und wirtschaftspolitische Strategie der Bundesregierung dar und gibt einen Ausblick in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung für das laufende Jahr. Bundeswirtschaftsminister Dr. Rösler äußerte sich zuversichtlich, dass die deutsche Wirtschaft kräftiger wachsen werde als der Durchschnitt der Eurozone. 2014 soll das Wirtschaftswachstum mit 1,6 Prozent noch stärker anziehen.

Da die außenwirtschaftlichen Impulse in diesem Jahr erheblich schwächer sein sollen, soll die konjunkturelle Dynamik vor allem von der Binnennachfrage getragen werden. „Angesichts der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und einer moderaten Preisniveaumentwicklung spielen die privaten Konsumausgaben und die privaten Wohnungsbauinvestitionen eine tragende Rolle“, so der Bericht. Erwartet wird eine Zunahme der Einkommen der privaten Haushalte um 2,3 Prozent. Die Nettolöhne der Arbeitnehmer sollen um ein Prozent steigen. Die Preisentwicklung werde mit 1,8 Prozent moderat bleiben. Hingewiesen wird auf die Entlastung der Bürger und Unternehmen um acht Milliarden Euro durch die Senkung des Rentenbeitragssatzes und die Abschaffung der Praxisgebühr zum 1. Januar. Auch sei der steuerliche Grundfreibetrag erhöht worden.

Die Zahl der Beschäftigten hatte im vergangenen Jahr mit 41,6 Millionen Erwerbstätigen einen Rekordstand erreicht. In diesem Jahr wird nur ein Anstieg um etwa 15.000 erwartet. Zur Entwicklung des vergangenen Jahres heißt es, der Stellenaufbau bestehe „zum überwiegenden Teil aus unbefristeten Normalarbeitsverhältnissen“. Die Arbeitslosigkeit soll 2013 etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen.

Die Konsolidierung des Bundeshaushaltes soll weitergehen. Ab 2014 werde der Bundeshaushalt ohne strukturelle Kreditaufnahme aufgestellt. Das Ziel der Schuldenregel (höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Schuldenaufnahme) werde bereits 2013 vom Bund eingehalten – also drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Voraussetzung für die Finanzprognosen seien aber stabile weltwirtschaftliche und europäische Rahmenbedingungen.



2. 53. Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Diese Woche stand der 53. Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, auf der Tagesordnung des Plenums. Darin weist der Wehrbeauftragte auf die Probleme im Rahmen der Umstrukturierung und in den aktuellen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland hin. Der Wehrbeauftragte wird als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Streitkräfte berufen. Er hat den Auftrag, möglichen Grundrechtsverletzungen bei den Soldaten oder Verletzungen der Grundsätze der Inneren Führung nachzugehen und dem Parlament über den inneren Zustand der Bundeswehr zu berichten.

Der Bericht zeigt eine Reihe von Problemen auf. Viele davon werden sich im Zuge der Umgestaltungen lösen lassen. Einige der im Bericht geschilderten Aspekte sind die Einsatzfähigkeit von Handfeuerwaffen und Hubschraubern oder die noch nicht ausreichende psychologische Versorgung von im Einsatz traumatisierten Soldaten. Die Bundesregierung hat daraufhin das Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz eingebracht, mit dem posttraumatische Belastungen für Soldaten und ihre Angehörigen besser aufgefangen werden können. Darüber hinaus hat die Bundesregierung eine treuhändische Stiftung gegründet, um in besonderen Härtefällen unbürokratische Hilfe leisten zu können.

Erfreulich ist festzustellen, dass trotz der derzeitigen Umstrukturierungen im Zuge der Bundeswehrreform kein Anstieg von Beschwerden zu verzeichnen ist. Die Zahl der Eingaben liegt mit 4.864 auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

3. 50 Jahre Elysée-Vertrag

Am 22. Januar 2013 werden Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Assemblée Nationale in Berlin zusammenkommen, um das Jubiläum anlässlich des 50. Jahrestags des Elysée-Vertrags feierlich zu begehen.

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle im Elysée-Palast in Paris den Vertrag, der als Wendepunkt der deutsch-französischen Beziehungen in die Geschichte einging. Darin wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend-, und Kulturpolitik vereinbart. Auf dieser Grundlage konnte sich die Europäische Union entwickeln; die deutsch-französische Zusammenarbeit ist bis heute eine tragende Säule der europäischen Integration. Die neue Außen- und Versöhnungspolitik beider Länder, die im Elysée-Vertrag schriftlich fixiert wurde, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Europa seit über 60 Jahren in Frieden lebt.



5. Relevantes aus Mannheim und der Region

Neckarschleusenausbau gesichert

In einer parlamentarischen Anfrage an die Bundesregierung habe ich mich nach dem Stand der Sanierungen der Neckarschleusen erkundigt. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke MdB, teilte mir mit, dass zwischen Mannheim und Heilbronn an jeder Staustufe zunächst eine der beiden Schleusenkammern instandgesetzt und jeweils die andere Kammer saniert und verlängert werde. Hierdurch soll der Hafen Heilbronn mit 135 m langen Schiffen angefahren werden können.

Der Hafen ist eine der wichtigsten Lebens- und Handelsadern Mannheims. Intakte Schleusen und leicht anlaufbare Häfen auch in der näheren Umgebung haben eine positive Wirkung auf Mannheim als Handelsplatz. Ich bin deshalb dankbar, dass der Bund seiner Verpflichtung zur Instandsetzung der Bundeswasserstraßen nachkommt.

Stadträte bei Saint-Gobain Glass

Gemeinsam mit den Stadträtinnen Marianne Seitz und Regina Trösch habe ich die Saint-Gobain Glass Deutschland GmbH in Mannheim-Waldhof besucht. Der Termin kam auf Initiative der Energiesparnetzwerk ESN GmbH zustande, einem Zusammenschluss namhafter Unternehmen der Baubranche, um die Energiewende in Deutschland zu unterstützen, bei dem die Saint-Gobain Glass Deutschland GmbH Mitglied ist. Wir wurden vom Werksleiter Ralf Kramer und Armin Schmitt, dem Leiter der Zentrale des Energiesparnetzwerks, durch das Werk geführt und waren sehr beeindruckt von der hohen Innovationskraft dieses Mannheimer Traditionsunternehmens.

Vor hundert Jahren war die Spiegelfabrik führend im Bereich der Linderung der sozialen Not und verwirklichte ein beispielhaftes soziales Wohnungsbauprogramm. Heute ist die Saint-Gobain Glass GmbH ein Pionier bei der Umsetzung der Energiewende, einem der drängendsten Probleme unserer Zeit. Mannheim kann stolz auf dieses beispielhafte Unternehmen und seine Glasproduktion sein.



Bild (v.l.n.r.): Armin Schmitt, Egon Jüttner, Marianne Seitz, Ralf Kramer und Regina Trösch

Stadträte besuchten Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Gemeinsam mit Stadträtin Marianne Seitz besuchte ich das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim. Das MZES wurde 1989 als interdisziplinäres Forschungsinstitut der Universität Mannheim gegründet und untersucht die Entwicklung europäischer Gesellschaften und ihrer politischen Systeme. Es ist die größte sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung einer deutschen Universität und zählt international zu den führenden Instituten seiner Art. Der Vorstand des MZES, bestehend aus Direktor Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck, Prof. Dr. Frank Kalter, Leiter des Arbeitsbereichs A, Prof. Dr. Jan W. van Deth, Leiter des Arbeitsbereichs B sowie Geschäftsführer Dr. Philipp Heldmann informierte uns über aktuelle wissenschaftliche Projekte des Instituts und künftige Forschungsvorhaben. Wir waren beeindruckt von den zahlreichen Aktivitäten des Instituts. Das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung betreibt wichtige Grundlagenforschung im Bereich der sozialen und politischen Entwicklung Europas, die zukunftsweisend ist. Daher freue ich mich, dass diese wichtige Arbeit des MZES auch durch Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unterstützt wird.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie
mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de